Breites Bündnis will „starken Auftritt“ vom Kreis Unna bei zentraler „Krisen-Kundgebung“

Der Notgroschen dürfte als „Not-Euro“ im kommenden Krisen-Winter für viele zur wichtigen Reserve werden. Foto: NGG | Alireza Khalili

Den Krisen-Winter so mild wie möglich machen – dafür sollen möglichst viele Menschen aus dem Kreis Unna jetzt auf die Straße gehen: Am Samstag, 22. Oktober, gibt es eine zentrale Krisen-Kundgebung in Düsseldorf. Sie steht unter dem Motto: „Solidarisch durch die Krise“. Darauf hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hingewiesen. „Es ist wichtig, dass der Kreis Unna dabei stark auftritt. Immerhin geht es darum, zu verhindern, dass der Krisen-Winter für einen Großteil der Menschen zur finanziellen Katastrophe wird“, sagt

Torsten Gebehart. Der Geschäftsführer der NGG Dortmund ruft deshalb dazu auf, am Samstag in der Landeshauptstadt „die Weichen für einen möglichst milden Krisen-Winter mit zu stellen“. Die bisherigen Entlastungspakete reichten nicht aus. Es komme deshalb jetzt darauf an, der Bundes- und der Landeregierung eine klare Botschaft zu senden: „Es droht eine extreme soziale Schieflage, bei der Tausende von Menschen in Armut rutschen. Genau das müssen Bund und Land jetzt verhindern“, so Gebehart.

Wer aus dem Kreis Unna mit zur Kundgebung nach Düsseldorf fahren möchte, kann sich ab sofort anmelden und ein „Null-Euro-Ticket“ sichern: Der Bustransfer ist kostenlos. Plätze können per Internet gebucht werden: www.solidarisch-durch-die-krise-nrw.de. Die Homepage informiert über Orte und Abfahrtszeiten der Busse für Teilnehmer aus der Region. Start der Kundgebung in Düsseldorf ist um 13.15 Uhr vor dem Landtag NRW. Treffpunkt ist um 12 Uhr vor dem DGB-Haus. Zu der Kundgebung ruft ein breites gesellschaftliches Bündnis auf. Ihm gehören neben der NGG u.a. die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die IG BAU, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Volkssolidarität, die Umweltorganisation Greenpeace sowie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) an.

„Die Kostenexplosion beim Heizen und beim Strom, dazu die Preise beim Einkauf, die durch die Inflation rasant nach oben klettern: Immer mehr Haushalte werden in die fatale Situation kommen, dass sie ihre gesamten Einkünfte für den Lebensunterhalt einsetzen müssen. Und bei vielen wird das Einkommen nicht einmal mehr reichen. Dann geht’s an den Notgroschen. Genauer gesagt, an den ‚Not-Euro‘ – vorausgesetzt, es gibt überhaupt Reserven. Gerade Geringverdiener haben in der Regel kein Geld auf der hohen Kante – also kein ‚Krisen-Polster‘“, sagt der Gewerkschafter Gebehart.

Menschen, die zum Niedriglohn arbeiten, werde die Krise mit voller Härte treffen. „Ihnen muss der Staat gezielt helfen. Denn vor allem Beschäftigten mit niedrigem Einkommen droht in diesem Krisen-Winter ganz konkret die Armut. Aber nicht nur ihnen: Auch viele Rentner, Alleinerziehende, Azubis, Studierende und Menschen mit Behinderung sind besonders betroffen“, so Gebehart. Selbst Facharbeiter machten sich Sorgen.

„Vom bezahlbaren Wohnen bis zu einer Nachfolge-Card für das 9-Euro-Ticket, die sich auch Geringverdiener noch leisten können, muss der Staat rasch eine ‚soziale Kreativität‘ entwickeln“, fordert der NGG-Geschäftsführer. Zu finanzieren sei dies über das Abschöpfen von Übergewinnen. „Es wird Zeit, Profitmacher der Krise – zum Beispiel die Energieunternehmen – für den sozialen Ausgleich heranzuziehen“, so Gebehart. Ebenso müsse es darum gehen, große Vermögen stärker zu besteuern und die Schuldenbremse auszusetzen.